

# Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 25. August 2001

112. Jahrgang Nr. 31.316

## Volksabstimmung

Präsident Fernando de la Rúa hat ein Referendum über die harten Sparmaßnahmen angekündigt. In einer elf Minuten dauernden und von allen TV- und Radiosendern übertragenen Ansprache sagte de la Rúa am Mittwochabend, mit der Abstimmung sollten die „politischen“ Kosten“ des Sparprogrammes „Null-Defizit“ gesenkt werden. Die Volksabstimmung soll an einem Sonntag nach den Oktoberwahlen stattfinden.

Zugleich kündigte der Präsident eine Reihe von Reformen in verschiedenen Bereichen der staatlichen Verwaltung an. „Wir demonstrieren mit dem „Null-Defizit“ und seiner Verabschiedung im Kongress, dass wir uns der Realität stellen und die Geschichte ändern werden“, sagte de la Rúa und rief dazu auf, die „klaren und logischen Spielregeln“ zu akzeptieren. „Wir müssen weniger ausgeben, mehr einnehmen und die Steuerhinterziehung bekämpfen.“ Es müsse „in dieser Etappe“ mehr gehandelt und weniger geredet werden, forderte der Präsident. Die Arbeitsweise des Steueramtes sei daher von entscheidender Wichtigkeit für die „Untermauerung des Null-Defizits“.

De la Rúa erklärte zugleich, er „selbst“ werde die umfassende Politreform leiten. Der Staat müsse wieder seine Verpflichtung gegenüber den Bürgern erfüllen. Daher solle im Steuersystem in Zukunft wieder „Gerechtigkeit in Anstrengung und Wirksamkeit herrschen“. Bei den Beziehungen mit den Provinzen sei verstärkt der föderative Aspekt „im Sinne der in der Verfassung angeordneten Steuerbeteiligung“ ausgestaltet.

Um die Finanzierung des Altersversorgungssystems zu retten, kündigte de la Rúa die Abschaffung von weitreichenden Privilegien an. Das Rentnersozialwerk PAMI und das Amt für Soziale Sicherheit ANSeS seien „Musterbeispiele“, deren Reform erforderlich sei, damit das Sozialsystem seinen „Zweck erfüllt“.

## Schuldilemma

### Samstagsunterricht in vier Provinzen als Allheilmittel

Die Schulkinder in den Provinzen Buenos Aires, San Juan, Jujuy und Misiones sollen in Zukunft auch samstags die Schulbank drücken. Zumindest nach Ansicht von Bildungsminister Andrés Delich. Grund ist der Streit um Lohnkürzungen aufgrund des Sparprogrammes „Null-Defizit“ um 13 Prozent. Der Konflikt der gewerkschaftlich organisierten Lehrer in den genannten Provinzen gegen das Sparpaket hat in diesem Jahr bereits zehn Unterrichtstage gekostet. Das bedeutet im Vergleich mit einer Reihe anderer Länder, dass in diesen Provinzen an noch weniger Tagen unterrichtet wird, als in Mexiko, wo die Kinder an 175 Tagen im Jahr in die Schule gehen. Selbst in Spanien und Portugal den Schlusslichtern vor Mexiko beträgt die Zahl der Schultage 180, während in Schweden, Finnland und den USA an 190 Tagen und in der Bundesrepublik Deutschland an 200 Tagen unterrichtet wird. Die Daten beruhen auf einer Information des Bildungsministeriums.

Angesichts dieses besorgniserregenden Panoramas präsentierte Delich am Montag bei einer Pressekonferenz für diese Provinzen ein Nachholprogramm, mit dem die verlorenen Unterrichtstage wieder eingeholt werden sollen. In den vier Provinzen, so versicherte der Minister, „besteht ein Risiko für die Kontinuität des Schuljahres.“ Im wesentlichen besteht dieses Risiko darin, dass die Schüler die wichtigsten Themen von Muttersprache und Mathematik von der Grundschule bis zum letzten Jahr der Sekundarschule nicht lernen.

Der Minister legte in der Pressekonferenz dar, dass die Nationalregierung Materialien bereitstellen und die Schuldirektoren in Sonderkursen für die Aufgabe ausbilden werde. Diese wiederum werden die erworbenen Kenntnisse an die Lehrer ihrer Schulen weitergeben. Die Nationalregierung werde außerdem den an den Samstagen unterrichtenden Lehrern eine Prämie von 80 Pesos monatlich bezahlen. Vorerst wird das Programm für die Dauer von zwei Monaten eingeführt, das heißt, acht Samstage mit jeweils drei Stunden Unterricht.



Tausende protestierten gegen Kürzungen im Bildungssektor.

(AP-Foto)

„Es gibt keinen Bildungsminister, der nicht wünschte, dass die Kinder 180 Schultage haben. Eben deshalb besteht ein Konsens darüber, den Plan ungeachtet der Autonomie der Provinzen allgemein einzuführen“, versicherte der Bildungsminister in der Pressekonferenz. Unterdessen streiken die Lehrer in San Juan, Misiones und Buenos Aires auf unbestimmte Zeit weiter. In Jujuy haben die Lehrer ihre Juni-Gehälter noch nicht erhalten, während der ‚aguinaldo‘ und Juli-Gehälter in Raten bezahlt werden.

Am Dienstag und Mittwoch streikten die Professoren und Do-

zenten der staatlichen Universitäten aus Protest gegen die von der Regierung verfügte 13-prozentige Gehaltskürzung, dem Streik schlossen sich am Mittwoch die Lehrer der öffentlichen Schulen an. Ein weiterer Grund für den Streikaufruf der Confederación de Trabajadores de la Educación (CTERA, Lehrervereinigung) ist die Ablehnung der Einfrierung des Bildungshaushaltes. Der Protest äußerte sich in der Hauptstadt wie gewöhnlich mit den üblichen Straßensperren. Außerdem fand ein Marsch zur Plaza de Mayo statt, wo rund 20.000 ihren Unmut lautstark äußerten.

## Randglossen

Schliesslich hat sich Präsident de la Rúa dazu durchgerungen, das Wahlvolk aufzurufen, damit es mit einer unverbindlichen Volksbefragung zur Frage Stellung nimmt, ob die Kosten der Landespolitik abzubauen sind. Der Wahltag wird gelegentlich festgelegt werden. Er darf nach dem jüngsten Gesetz, das die Volksbefragungen, wie sie die Verfassungsnovelle von 1994 verbietet hat, nicht zeitgleich mit allgemeinen Kandidatenwahlen stattfinden. Der Präsident stapft nun in die Schuhe seines Heimatkollegen Gouverneur de la Sota aus Córdoba, der eine solche Volksbefragung zwecks Abschaffung des Provinzenrats mit 70 Prozent der Stimmen gewann. De la Rúa mag ebenfalls mit einer überwältigenden Mehrheit des Wahlvolkes rechnen, das keinesfalls damit einverstanden ist, dass die politische Kaste das Volk mit Postenhascherei, Pfründenverteilung, Korruption und dergleichen mehr belastet.

UCR-Vorstandsvorsitzender Raúl Alfonsín hat die ausgefallene Idee vorgeschlagen, dass der Militärdienst wieder eingeführt werden soll, den Menem abgeschafft hat. Als ehemaliger Zögling der Militärschule erinnert sich Alfonsín an die damalige Wirkung des Militärdienstes, durch den zahlreiche unbemittelte Jugendliche ernährt wurden, während auch für ihre Gesundheit gesorgt und ihnen allenfalls Lesen und Schreiben beigebracht wurde. Hingegen übersieht Alfonsín das Schindluder, mit dem zahllose Rekruten in den Kasernen von Wachtmeistern und Sergeanten bedacht wurden, insbesondere wenn sie Studenten waren. Die Abschaffung des Militärdienstes wurde seinerzeit von der Öffentlichkeit nahezu einhellig begrüßt. Seither stellen die Streitkräfte Freiwillige ein, die auf Vertrag gegen einen Sold tätig sind, womit für die Landesverteidigung gesorgt ist, ohne Rekruten zu misshandeln.

## Der neue Senat

Die Kandidaturen für den neuen Senat sind längst unterwegs. Am 14. Oktober wird zum ersten Mal der 72-köpfige Senat direkt vom Volk gewählt werden. Künftig wird der Senat alle zwei Jahre je zu einem Drittel erneuert. Dieser Senat soll den jetzigen ablösen, der im Umfeld schwerwiegender Korruptionsskandale seine letzte ordentliche Sitzungsperiode bis zum 10. Dezember 2001 abhält. Im Vorjahr überschattete der Skandal über die Schmiergelder an Senatoren zwecks Verabschiedung des von der Exekutive vorgelegten Arbeitsgesetzes die Tätigkeit des Oberhauses.

Ausserdem ist der Senat als zweite Kammer des Kongresses ebenso im Zwielficht der Öffentlichkeit wie die Deputiertenkammer in Zusammenhang mit den hohen Budgetkosten für allerlei Günstlinge der Volksvertreter, genannt Berater und Empfänger von Gnadentrenten, sowie für die skandalösen Kosten der nahezu tausend Beamten der Bibliothek und rund achthundert der veralteten Druckerei.

Für den künftigen Senat stehen schon die meisten aussichtsreichen Kandidaturen fest. Wie erinnerlich, werden seit der Verfassungsnovelle von 1994 je zwei Senatoren der meistgewählten Parteiliste und einer der nachfolgenden gewählt werden. Dadurch können Kandidaten einen Senatsposten gewinnen, auch wenn sie die Volkswahl verloren haben. Das war seinerzeit das politische Pfand des Expräsidenten Alfonsín im Kuhhandel mit Präsident Menem zwecks dessen Wiederwahl. Es ging bei der Verfassungsnovelle hauptsächlich um politische Ämter der beiden Volksparteien der Radikalen und Justizialisten.

Einige Senatoren melden sich abermals als Kandidaten an, darunter der jetzige Senatspräsident und amtierende Staatschef in Abwesenheit de la Rúas, Mario Losada aus Misiones, der sicherlich als Minderheitskandidat wieder gewählt werden wird. Auch die Justizialisten Angel Pardo aus Corrientes, Carlos Verna aus La Pampa, Beatriz Rajter aus Córdoba und José Luis Gioja aus San Juan, derzeit Chef der grössten Senatsfraktion, und die Radikalen Horacio Usandizaga aus Santa Fe und Jorge Agúndez aus San Luis, gegenwärtig Fraktionschef der Minderheit im Senat, melden sich für ihre Wiederwahl an.

Ein Kapitel für sich sind die Senatoren aus La Rioja, welche Provinz in politischen Kreisen als die Hauptstadt der Wiederwahl erhöht wird. Eduardo Menem, Senator seit 1983 und ein Jahrzehnt Senatspräsident, sowie sein damaliger Formelpartner Jorge Yoma, beide Justizialisten, kandidieren abermals. Da aber Expräsident Carlos Saúl Menem als stellvertretender Senator angemeldet ist und trotz seiner Edelhaft in Don Torcuato auch kandidiert, hat Yoma eine eigene Partei gegründet, um den Minderheitsposten zu ergattern, was ihm möglicherweise gelingen wird.

Als Formelpartnerin Eduardo Menems kandidiert die Schwester des Gouverneurs Angel Maza. So bleibt in La Rioja alles in der Familie. Opfer dieses Techtelmechtels wird der jetzige radikale Minderheitssenator Raúl Galván werden, sofern ihn Yoma schlägt.

In der Provinz Buenos Aires kandidieren Exgouverneur Eduardo Duhalde für die Justizialisten mit gewaltigem Vorsprung in den Umfragen über die Absichten der Wähler vor Expräsident Raúl Alfonsín für die Allianz, dem als neuer Kandidat der Priester Luis Farinello von Quilmes namens eines sogenannten Sozialpols den Sieg mit gleichgrosser Wählerpräferenz streitig macht. Farinello ist entschieden eine Ausnahme als neues Gesicht der Landespolitik unter den Kandidaten für den Senat.

Ein Gouverneur sowie mehrere vorherige Amtsträger in den Provinzen melden ebenfalls ihre Kandidaturen an: Carlos Juárez aus Santiago del Estero als rüstiger 84jähriger Gouverneur, Jorge Busti aus Entre Ríos, Carlos Maestro aus Chubut, Ramón Puerta aus Misiones, Pedro Salvatori aus Neuquén und der bereits erwähnte Duhalde aus Buenos Aires.

Zahlreiche Deputierte zielen auf das Oberhaus mit ihren Kandidaturen ab, nämlich ausser Busti, Maestro und Puerta Cristina Kirchner aus Santa Cruz, Gattin des Gouverneurs Néstor Kirchner, Oljella del Valle Rivas aus Tucumán, Marcelo López Arias aus Salta, Miguel Angel Pichetto aus Rio Negro, derzeit Fraktionschef der Justizialisten als Stellvertreter des verunglückten Humberto Roggero aus Córdoba, Oscar Lamberto aus Santa Fe, namhafter Finanzexperte, und Daniel Scioli aus der Stadt Buenos Aires, alle für die Justizialisten, sowie der Budgetex-

perte Raúl Baglini aus Mendoza und Juan Carlos Passo aus La Pampa für die Allianz, der Sozialist Alfredo Bravo aus der Stadt Buenos Aires, der Parteidemokrat Carlos Balter aus Mendoza, Mario Bonacida für die Gleichheitspartei der Deputierten Elisa Carrió, María Teresa Colombo für die regierende Koalition in Catamarca und der genannte Salvatori für die regierende Provinzpartei in Neuquén.

Ein Sonderfall ist der Gastronomiegewerkschafter Hugo Barrionuevo für die Justizialisten in Catamarca, der unlängst den früheren Gouverneur Ramón Saadi in der Internwahl schlug und sich somit einen Senatsposten sicherte. Barrionuevo ist Politikmacher der Justizialisten wie sein Gegenpart der Radikalen Enrique „Coti“ Nosiglia, vormals letzter Innenminister Alfonsíns. Beide waren 1993 die Unterhändler für den Verfassungspakt, der zur Novelle des Grundgesetzes führte. Barrionuevo, ein Neuling im Kongress, ertet mit dem Senatsitz, was er vor acht Jahren mit Nosiglia namens Menem und Alfonsín ausgehandelt hat, mit denen er sich im Senat möglicherweise treffen wird, sofern Carlos Menem das Amt antritt,

falls sein Bruder oder dessen Formelpartnerin demissioniert.

Auch zwei Bürgermeister kandidieren für den Senat: José Zavaleta mit seiner Schwester aus Santiago del Estero und Eduardo Brizuola del Moral aus Catamarca. Unter den ehemaligen Beamten der Exekutive, die jetzt kandidieren, ragt der erste Kabinettschef de la Rúas Rodolfo Terragno aus der Stadt Buenos Aires heraus, der Facundo Suárez Lastra in der Internwahl besiegte.

Mit zwei Expräsidenten, einem amtierenden Gouverneur sowie sechs ehemaligen Amtsträgern in ihren Provinzen, 16 Deputierten und elf Senatoren und allerlei anderen Kandidaten mit parteipolitischem Lebenslauf wird der neue Senat sicherlich mehrheitlich neue Gesichter zeigen. Trotzdem bleibt er ein Klub bewährter Parteipolitiker mit ganz wenigen Aussenseitern, wenn überhaupt. Die Spitzenpolitiker im Oberhaus werden ab 10. Dezember beweisen müssen, dass sie es ernst meinen mit einem neuen Senat, der die bisherige Korruption abstreift und sich als die echte politische Vertretung der Gliedstaaten bewährt, für die sie die Verfassung vorsieht.

### Debatte um Pflichtwehrdienst

Zwei Mitglieder der vierköpfigen Führungsspitze der Streitkräfte haben öffentlich erklärt, die Möglichkeit einer Wiedereinführung des Pflichtwehrdienstes sei nicht ausgeschlossen. Mitarbeiter des dritten Offiziers sagten, das Thema sei von „politischen Kreisen“ lanciert worden. Tatsächlich war es der UCR-Vorsitzende Raúl Alfonsín, der die Debatte über die Rückkehr von Rekruten in die Kasernen losgetreten hatte.

Die Regierung hat unterdessen durch den Sprecher Pablo Baylac ausdrücklich versichert, dass ein derartiges Projekt nicht zur Debatte stehe. Die dem PJ angehörenden Mitglieder des Nationalen Verteidigungsrates haben bereits ihre Ablehnung einer derartigen Möglichkeit angekündigt. Auch die vier Militärs reagierten insgesamt eher skeptisch. Als Gründe für die Überlegungen wird einerseits auf die militärische Disziplin zur Eindämmung eines Teils der sozialen Unruhen sowie die ärztliche Betreuung und Versorgung in den Kasernen verwiesen. Andererseits wird auch die damit ansteigende Zahl der Rekruten erwähnt, die zumindest vorübergehend zu einer Verringerung der Arbeitslosenzahl führte.



**SERVICIOS  
DIGITALES**

[www.multimedia.com.ar](http://www.multimedia.com.ar)

O'Higgins 4380 - CP 1429 - Buenos Aires - República Argentina  
Tel/Fax: (54-11)4704-0977 - [info@multimedia.com.ar](mailto:info@multimedia.com.ar)

# Kassenprüfung bei Gewerkschaften

## Unregelmäßigkeiten bei Arbeitslosenunterstützung sollen verhindert werden

Die Regierung prüft und erwägt derzeit Maßnahmen, mit denen die Gewerkschaften dazu angehalten werden sollen, ihre Verwaltungen zu normalisieren, damit eventuell vorliegende Unregelmäßigkeiten und ungerechtfertigte Pfründe wenn nicht völlig abgeschafft so doch eingeschränkt werden. „Die Bilanzen der Gewerkschaften erlauben nicht, der Frage, wie die zur Verfügung stehenden Mittel ausgegeben werden, auf den Grund zu gehen“, kritisierte Arbeitsministerin Patricia Bullrich. Demokratie bedeute aber auch eine ernstzunehmende Diskussion der Umgangs der Gewerkschaften mit den von ihnen geschaffenen Fonds.

Als einen Teil dieser Politik

sind die von der Ministerin angeordneten Inspektionen zu werten, durch die Missbräuche in der Verteilung der Arbeitslosenunterstützungen (planes Trabajar) aufgedeckt wurden. Die Strategie schließt eine Intensivierung der Kassenprüfungen und Kontrollen über die Durchführung der detaillierten Rechnungslegungen entsprechend der Regierungsanordnungen ein. Zudem sollen die gewerkschaftlichen Führungskader alljährlich eidesstattliche Erklärungen über ihr Vermögen vorlegen müssen.

Im Ministerium wird die Durchführung von Sonderkassenprüfungen erwogen und die unter Leitung von Gustavo Bogun stehende in-

terne Kassenprüfungsabteilung hat bereits die Aufstellung einer Technikergruppe beantragt. Die Fachleute sollen die sogenannten ‚Ausgleichsfonds‘ einiger Gewerkschaften einer eingehenden Prüfung unterziehen. Diese treten wie zusätzliche Altersversorgungskassen auf und gewähren den Rentnern und Pensionären der jeweiligen Gewerkschaft eine Beihilfe von monatlich rund 40 Pesos. Es gibt nur weniger als zehn derartige Fonds, die vom Sekretariat für Soziale Sicherheit unter Leitung von José Sanmartino kontrolliert werden. Bullrich erklärte, die Regierung wolle erreichen, dass alle Einrichtungen „transparent“ werden. Bislang gebe es „Gewerkschaften, die

mehr für administrative Ausgaben und weniger für die Unterstützung der Arbeitnehmer aufwenden“, versicherte die Ministerin.

Die detaillierten Rechnungslegungen über vorhandene Mittel, Ausgaben und Investitionen, müssen bereits für dieses Geschäftsjahr erfolgen. Nach Angaben Bullrichs gibt es rund 3.500 Gewerkschaften, Vereinigungen, Verbände und Ausgleichsfonds. „Die Berichte müssen umfassender sein, da auch die Zahl der geforderten Unterlagen wesentlich vergrößert wurde“, forderte Bogun. Es würde auch an eine elektronische Speicherung zur Systematisierung der Kontrollen gedacht.

## WOCHENÜBERSICHT

### Dominikanischer Besuch

Der Präsident der Dominikanischen Republik, Hipólito Mejía Domínguez, hat am Dienstag bei einem Empfang durch Fernando de la Rúa in der Casa Rosada diesem das Mitgefühl seines Landes für die Krise Argentiniens geäußert. De la Rúa beantwortete die Solidaritätserklärung seines Amtskollegen mit der Äußerung seiner Bewunderung für den langen Kampf der Dominikanischen Republik für ihre Freiheit.

### Menem dixit

Der inhaftierte Ex-Präsident Carlos Menem hat am vergangenen Wochenende versichert, „der IWF ist nicht bereit, Argentinien zu helfen“, und hinzugefügt, eine Ablehnung könne die Einstellungen der Zahlungen des Landes bewirken. Seinen Informationen zufolge, so Menem, sehe sich die positive Lösung der Frage in den USA einer harten Opposition gegenüber.

### UCeDé-PJ

Der Vorsitzende der Liberalen, Carlos Castellani, hat angekündigt, dass sich die UCeDé bei den Wahlen zur Legislative in den wichtigsten Wahlbezirken zusammen mit dem PJ beteiligen werde. Der Abgeordnete Castellani erklärte, derartige Allianzen mit dem PJ beständen bereits in Santa Fe und Córdoba, während in der Hauptstadt und der Provinz Buenos Aires, Santiago del Estero und Feuerland noch verhandelt werde.

### Busunglück

Bei einem Busunglück nahe

San Nicolás sind am Dienstag 18 Menschen ums Leben gekommen und sechs weitere verletzt worden. Der Bus mit 36 Passagieren sei am frühen Morgen auf dem Weg nach Buenos Aires auf einen Lastwagen aufgefahren und habe Feuer gefangen, teilte die Polizei mit. Es sei unklar, ob der Fahrer eingeschlafen sei oder die Bremsen versagt hätten, hieß es.

### Opposition I

Der Nationalsenat ist in Aufruhr. Sowohl der PJ als auch die Radikalen haben angekündigt, dass sie neue Einsparmaßnahmen nicht akzeptieren werden. Ausdrücklich haben die Senatoren darauf hingewiesen, dass jedes Abkommen der Unterhändler des Wirtschaftsministeriums mit dem Weltwährungsfonds vor der Zustimmung der Regierung dem Kongress zur Begutachtung eingereicht werden muss.

### Opposition II

Ebenso wie der Senat haben auch die Abgeordneten weiter Einsparungen abgelehnt. Die Allianzabgeordneten Horacio Pernasetti (Catamarca) und Darío Alessandro (Frepasso-Buenos Aires) erklärten übereinstimmend: „Es gibt im Kongress keine politische Basis zur Unterstützung neuer Einsparungen.“ Der PJ-Abgeordnete Miguel Angel Pichetto, der interimsmäßig den schwer verunglückten Humberto Roggero vertritt, hat für die Fraktion ebenfalls die Ablehnung von weiteren Einsparungen ausgesprochen.

### Neue Partei

Die aus der UCR ausgeschiedene bonaerenser Abgeordnete Silvia Vázquez hat ihre eigene Partei gegründet. Die Abgeordnete will für ihren Partido Protagonismo Popular (etwa Bürger-Hauptrolle) im Oktober für den Nationalsenat kandidieren.

### Testwahl im Chaco

Am morgigen Sonntag finden im Chaco Provinzwahlen statt, bei denen Vizegouverneur und 16 Provinzabgeordnete ermittelt werden sollen. Gouverneur Angel Rozas, der voll in die Wahlkampagne zur Unterstützung der Allianz-Kandidaten eingestiegen ist, erklärte, „wir brauchen den Sieg um zu demonstrieren, dass die Bürger mit dem eingeschlagenen Weg einverstanden sind.“

### 20.000 „Trucho“-Renten

Die das gesamte Renten- und Pensionswesen kontrollierende Behörde ANSeS schätzt, wie am Mittwoch bekannt wurde, dass es rund 20.000 Renten gibt, deren Vergabe nicht den Bestimmungen entspricht. Diese „Trucho“-Renten stellen eine jährliche Ausgabe von rund 180 Millionen Pesos dar. Erwiesen ist, dass diese Renten von den Altersversorgungskassen der

Provinzen La Rioja, Santiago del Estero, Catamarca, San Juan und Tucumán gewährt wurden, die zwischen 1995 und 1999 in die Zuständigkeit der Nation überführt wurden.

### Aufruf der Wahljustiz

Die Wahljustiz hat am Dienstag einen Aufruf an alle jungen Leute gerichtet, die bis einschließlich 14. Oktober 18 Jahre alt werden, sich zu vergewissern, ob sie auch ordnungsgemäß in den Wählerlisten registriert sind. Andernfalls kann ein entsprechender Antrag auf Eintragung bei der Wahlbehörde in der Straße Tucumán 1320, Capital, werktäglich zwischen 8.00 und 13.30 gestellt werden.

### Illegale Bereicherung

Bundesstaatsanwalt Federico Delgado hat eine Untersuchung darüber beantragt, ob der Senator Eduardo Menem, dessen Sohn, der Abgeordnete Adrián Menem und die Brüder Emir, Karim und Omar Yoma, sich der illegalen Bereicherung schuldig gemacht haben. Kommentar des Senators gegenüber der Presse: „Die Anzeige des Anwaltes Juan Carlos Iglesias ist pure Heuchelei.“

## Schröder kommt nicht

Berlin (dpa) - Bundeskanzler Gerhard Schröder hat wegen der bevorstehenden Mazedonien-Entscheidung seine Lateinamerika-Reise abge sagt. Nach Informationen aus diplomatischen Kreisen in Berlin findet sie wahrscheinlich nächstes Jahr statt. Am Mittwoch stimmt der Bundestag über die Beteiligung deutscher Einheiten an der NATO-Operation „Essential Harvest“ in Mazedonien ab. Schröder wurde am 30. August in Buenos erwartet. Davor wollte er Mexiko und Brasilien besuchen. Der Besuch Argentiniens wurde bereits zum zweiten Mal verschoben.

# Spargroschen vor Zugriff geschützt

## Abgeordnetenhaus verabschiedet Gesetz zum Schutz von privaten Sparkonten

Die Abgeordnetenkammer hat am Mittwoch einstimmig ein Projekt verabschiedet, das private Guthaben in Banken vor jedem Zugriff von Regierung oder Justiz schützt. In einer etwas ungeordneten Sitzung, in der einige lang verzögerte Projekte verabschiedet wurden und der Infrastrukturminister Carlos Bastos interpelliert wurde, schaffte die Kammer mit der Mindestzahl an Abgeordneten die Verabschiedung einer Norm, mit der die Flucht von Guthaben aus dem Banksystem verhindert werden soll.

„Der Staat kann unter keinen wie immer gearteten Umständen die zwischen dem Einleger und dem Finanzinstitut vereinbarten Bedingungen ändern“, heißt es in der Vorlage, die jetzt vom Senat bestätigt werden muß. In die Unantastbarkeit sind Festgelder und Girokonten sowohl in Pesos als auch in Dollar eingeschlossen. Derart wird der Regierung verboten, Guthaben in Gutscheine umzuwandeln, deren Zahlungstermin zu verschieben, den vereinbarten Zinsfuß zu ändern oder einen Wechsel der Währung vorzunehmen.

Das Projekt war die Synthese von Vorlagen der Radikalen Marcelo Subrin und Víctor Peláez, der Cavallistin Fernanda Ferrero und der Menemistin Anna María Mosso. Kurz vor Beginn der Sitzung hatte Wirtschaftsminister Domingo Cavallo sein Einverständnis mit der Norm erklärt, obwohl er versicherte, „alle Guthaben sind auch jetzt schon garantiert.“

Nach mehreren gescheiterten Sitzungen gelang es der Abgeordneten-

kammer am Mittwoch auch, die Vorlage über die sogenannte Kreditrechnung, die Herausnahme des Sondertabakfonds FET aus dem Nationalhaushalt und das Gesetz über Wissenschaft und Technologie zu verabschieden.

Die erste der genannten Normen, die alle noch der Zustimmung des Senats bedürfen, soll durch die Einführung eines Systems, das den Pyme (Kleine und mittlere Unternehmen) die Zahlungen ihrer Gläubiger garantiert, ein Ansporn sein. Tatsächlich bestand die Gefahr eines Scheiterns der Sitzung vor der Abstimmung über das Wissenschafts- und Technologiegesetz, das den Staat verpflichtet, einen Wissenschaftsplan auszuarbeiten und eine Behörde zu schaffen, die diesen in die Praxis umsetzt.

Zuvor hatten die Abgeordneten der Tabak anbauenden Provinzen erreicht, dass die Kammer eine jahrelang diskutierte Initiative verabschiedete: Die Herausnahme des FET aus dem Nationalhaushalt. Dieser Fonds, der im letzten Haushalt 250 Millionen Pesos betrug, ist zur Finanzierung der Produktion lebenswichtig und hat immer schon Konflikte zwischen den Provinzen und der Regierung bewirkt. Wenn der Senat der Vorlage zustimmt, die von dem PJ-Abgeordneten Marcelo López Arias stammt, sollen die bei der Zigarettenbesteuerung eingenommenen Mittel durch eine noch zu schaffende besondere Behörde direkt unter den Produzenten in den Tabakprovinzen verteilt werden.

## Ein kleines, aber feines Wintersportzentrum

In der Region der nordpatagonischen Anden fristen die Nachkommen der Mapuche-Ureinwohner mehr schlecht als recht ein Dasein als bescheidene Schafzüchter. Da hatte der Stamm mit dem Häuptling, José Miguel Puel, die Idee - und die Initiative -, in ihrem kleinen Ort Batea Mahuida nahe dem Lago Aluminé, ein kleines Wintersportzentrum einzurichten. Denn wenn auch der Wohlstand in dem Wald- und Seengebiet nicht gross ist, Schnee im Überfluss gibt es im Winter allemal. Die nationale Fremdenverkehrsdirektion Sector unter Hernán

Lombardi erteilte ihre Unterstützung, man richtete einen Sessellift für die 300 Meter lange Skipiste ein, baute eine schicke Konditorei für das unabdingbare Après Ski und konnte schon in der ersten Saison rund 7.000 Besucher verzeichnen. Übernachtungsmöglichkeiten gibt es im Dorf selbst keine, dafür aber in den benachbarten Ortschaften Aluminé sowie in dem nur acht Kilometer entfernten Villa Pehuena (insgesamt 300 Betten). Vorerst ist Batea Mahui-



Landschaft am Aluminé.

da noch ein Geheimtipp für Kenner und reizt mit seiner Exklusivität und Individualität.

### Urdeutsches

Die ganze nächste Woche bis Ende Monats findet im Sheraton das Fest der deutschen Kochkunst statt. Der „Festival Gastronómico Alemán“ lockt mit urdeutschen Gerichten und Delikatessen wie etwa Semmelknödel oder Schweinshaxe in Bier-Kümmel-Sosse. Das deutsche Orchester

von Peter Sommweber spielt zu Fassbier und Weisswurst auf.

### Tourismusbörse

Vom 13. bis zum 16. Oktober findet in der Rural die diesjährige FIT statt. Diese Feria Internacional de América Latina wird sich auf insgesamt 38.000 Quadratmeter Ausstellungsfläche abwickeln und mit rund 1.300 Teilnehmern zählen.

Die Veranstalter erwarten 25.000 Profis (Besitzer und Mit-

arbeiter von Fremdenverkehrsbüros aus Amerika, Asien und Europa) sowie 55.000 private Besucher.

Marlú

## TABELLE

### Fußball

#### Torneo Apertura

**Erster Spieltag:** Racing Club - Argentinos Jrs. 2:1, Nueva Chicago - San Lorenzo 0:3, Boca Juniors - Belgrano 1:3, Talleres - River 1:3, Vélez - Independiente 1:4, Banfield - Newell's 0:5, Rosario Central - Lanús 2:1, Huracán - Chacarita 2:2, Unión - Gimnasia LP 1:2, Estudiantes LP - Colón 2:2.

**Tabellenspitze:** 1. Newell's 5:0 Tore, 3 Punkte, 2. Independiente 4:1, 3; 3. San Lorenzo 3:0, 3.

#### Copa Mercosur

Colo Colo - Independiente 2:1, San Pablo - Vélez 1:1.

### Fußball

#### Welpokalfinale

Das Welpokal-Finale zwischen Bayern München und Boca Juniors wird trotz des Zusammenbruchs der Vermarktungs-Agentur ISL nicht abgesagt. Allerdings ist derzeit noch unklar, ob der Welpokalsieger in einer Partie in Tokio oder mit Hin- und Rückspiel in München und Buenos Aires ermittelt wird, erklärte am Mittwoch ein UEFA-Sprecher. Mit einer endgültigen Entscheidung sei im September zu rechnen.

## ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

**Die durchschnittlichen Jahreszinssätze der wichtigsten Banken für Fristeinlagen auf 30 Tage lagen in der Berichtswoche für Pesos zwischen 5,65% und 7% und für Dollar zwischen 4,75% und 5,5%.**

**Der Mervalindex fiel in der Berichtswoche zum Donnerstag um 4,6% auf 319,30, der Burcapindex um 0,3% auf 657,08 und der Börsenindex um 0,6% auf 12.897,69.**

**Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) fiel in der Berichtswoche um 1,5% auf \$ 0,6870.**

**Der ZB-Dollarkurs für Aussenhandelsgeschäfte betrug am Donnerstag \$ 1,0438.**

**Die Gold-, Devisen- und Anlagereserven der ZB betragen am 17.8. \$ 15,66 Mrd., der Banknoten-umlauf \$ 12,16 Mrd.** Vor einer Woche waren es \$ 15,46 Mrd. bzw. \$ 12,70 Mrd., vor einem Monat \$ 18,64 Mrd. bzw. 13,74 Mrd. und vor einem Jahr \$ 25,43 Mrd. bzw. \$ 14,10 Mrd.

Héctor Huergo, einer der besten Kenner der argentinischen Landwirtschaft, hat in der Zeitung Clarín darauf hingewiesen, dass Argentinien in 10 Jahren von der herkömmlichen auf die direkte Aussaat übergegangen ist (auf fast 50% der mit Getreide und Ölsaat gesäten Fläche), was nicht nur die Kosten erheblich senkt, sondern auch umweltfreundlicher ist, da dadurch das Regenwasser keine Boden-erosion verursacht und weniger Überschwemmungen entstehen. Ausserdem wird dadurch der Verbrauch an Dieseltreibstoff pro ha um 70% verringert. Da sich ausserdem die Erträge pro ha vervierfacht haben, wird 4mal soviel Getreide und Ölsaat pro Liter erzeugt als vor einem Jahrzehnt.

**Swissair, das Aconcagua Hotel, die Weinkellereien La Rural, Viña del Cerro, Haciendas del Plata, Caña Tulumaya und die Firma Cumbres del Cerro wollen gemeinsam für den Fremdenverkehr in Mendoza werben.** Dabei werden verschiedene Programme geboten. F. Siegenthaler, Swissairdirektor für Lateinamerika und N. Martínez, Direktorin des Aconcagua und G. Fidel, Unterstaatssekretär der Provinz, gaben diesbezüglich eine gemeinsame, ausführliche Erklärung ab.

**Die deutsche Wobber Windpower will in der Provinz Santa Cruz mit Windenergie Wasserstoff gewinnen.** Hauptabnehmer soll der asiatische Raum werden.

**Die brasilianische Ambev Brauerei prüft die Möglichkeit, mit US\$ 60 Mio. Investition den Ausstoss ihrer Brauerei in Luján von Brahma-Bier auf 4 Mio. hl im Jahr zu ver-**

**doppeln.** Firmenpräsident M. Telles will die Position von Brahma als 2. am Markt nach Quilmes mit einem Anteil von 20% festigen.

**Die Disco-Supermarktkette will in diesem Jahr US\$ 60 Mio. in Expansionspläne investieren.** Der Umsatz soll bei US\$ 2 Mrd. gehalten werden. Die Discokette betreibt landesweit die Supermärkte Disco, Ekono, Super Vea, Americanos und Minisol.

**Die uruguayische Molkereigenossenschaft Conaprole hat mit Molinos Rios de la Plata einen gemeinsamen Vertriebsvertrag abgeschlossen.** Die Uruguayer wollen ihr Dulce de Leche, Käse, Butter und Rahm direkt argentinischen Restaurants, Bars und Fastfoodketten anbieten. Conaprole hat in Uruguay 80% Marktanteil. Zu Jahresbeginn mietete sie die Anlagen von Frigorim im Vorort San Martín und begann die Supermarktketten Coto, Jumbo und Disco zu beliefern. Sie peilt in Argentinien US\$ 15 Mio. Umsatz in diesem Jahr an.

**Die US-Aussenhandelskommission CCI hat einstimmig beschlossen, für Einfuhren von warmgalvanisiertem Stahl aus Argentinien und Südafrika Antidumpingzölle zu erheben.** Die Ermittlungen der CCI begannen im November, nach Dumpinganzeigen der US-Industrie, obwohl diese Einfuhren im Vorjahr nur 0,4% Marktanteil hatten. Sie betragen 286.694 shorttons für US\$ 81,4 Mio.

**Italienische Abnehmer haben das Bergbauunternehmen Formicruz in der Provinz Santa Cruz aufgefördert, seine Lieferungen von Porphyrgesteinen zu erhöhen.** Argentinien ist weltweit der 2. grösste Produzent und Exporteur dieser Mineralien, die vorwiegend für Dekorationen und im Strassenbau eingesetzt werden.

**Die Stadt Guleaguaychú, Provinz Entre Rios, bietet zur Förderung ihres Industrieparks ein Begünstigungsprogramm von Provinz- und Gemeindesteuern, das von uruguayischen Unternehmern sehr gut aufgenommen wurde.** Steuern auf Bauvorhaben einschliesslich Erweiterungen, für Sicherheit, Strom, Lärm und Stempelgebühren sollen auf 10 Jahre bis zu 100% erlassen werden. Kfz- und Immobiliensteuern werden in den ersten 4 Jahren zu 100% und stufenweise bis zu 15% in 10 Jahren erlassen.

**Pioneer Natural Resources verhandelt über die Verlängerung ihrer Erdölkonzessionen, die 2016/17 ablaufen.** Die Firma investiert in diesem und dem nächsten Jahr je rd. US\$ 95 Mio. Ausserdem plane sie die Legung einer 56 km langen Erdgasleitung für 4 Mio. cbm/Tag von ihren Lagern bis zum Anschluss an die Leitung von Transportadora de Gas del Sur. Nach-

dem Pioneer in dem kürzlich von Alberta Energy erworbenen Ölfeld fünfzig geworden ist, plant sie 9 weitere Probebohrungen. Pioneer ist bis jetzt bei 82% der Erschliessungsarbeiten erfolgreich gewesen.

**Nach dem Kauf von 50% der schweizerischen Hero beginnt im Januar die Nahrungsmittelabteilung der Química Estrella, CGA (Corporación General de Alimentos) die Erzeugung von Marmeladen, um sie nicht mehr aus Europa einführen zu müssen.** Das anfangs bei Wätte und Tiersanitären Produkten führende Unternehmen bestreitet heute 80% seiner Umsätze mit Nahrungsmitteln.

**Angel Perversi, früher bei GM, Bunge und Born und im Staatsdienst unter Präsident Menem, hat die Leitung von LAPA übernommen, die unter dem Namen ARG fliegen soll.**

**Rolf Bartke, Generaldirektor für Nfz bei DaimlerChrysler, erklärte der Presse auf Anfrage, der Mercedes Sprinter werde für den Mercosur weiter in Argentinien gefertigt.** Ausserdem werden hier auch die Sprinterausführungen mit dem Lenkrad rechts für Australien, Neuseeland und Südafrika hergestellt. In diesem Jahr sollen 8.000, davon 5.000 für Brasilien, der Rest für den Binnenmarkt, Uruguay, Paraguay, Chile, Kolumbien und Venezuela, hergestellt werden. Mit dem Lenkrad rechts seien weitere 1.500 vorgesehen.

**Die Aranalfegruppe, die u.a. für die Shoppings Alto Palermo, und Patio Bullrich verantwortlich zeichnet, hat in Villa Devoto ein weiteres Shopping mit 120 Lokalen errichtet, das im nächsten Monat eingeweiht werden soll.** Das Vorhaben wurde mit US\$ 20 Mio. Investition auf dem Gelände der ehemaligen Textilfabrik von Ezrah Teubal Hnos. errichtet.

**Solfrut, Provinz San Juan, hat mit US\$ 20 Mio. Investition auf 2.300 ha ein Vorhaben geschaffen, das pro Tag 100 t Oliven verarbeitet kann, um nach den USA, Kanada und Brasilien Olivenöl aus erster Pressung zu exportieren.** Mit Olivenöl werden weltweit US\$ 2,8 Mrd. im Jahr umgesetzt, wobei Spanien vor Griechenland und Italien der grösste Lieferant ist.

**Die italienische Pirelli SpA, Europas 3. grösster Kfz-Reifenfabrikant, investiert in die Produktionserweiterung ihrer Tochter in Merlo, Provinz Buenos Aires, weitere US\$ 20 Mio.**

**Impsat, das Telekommunikationsunternehmen der Pescarmona-gruppe, Mendoza, und der British Telecom, muss seine Gläubiger für US\$ 1 Mrd. einberufen, wenn es bis Dezember keinen Geschäftspartner gefunden hat.** Die US\$ 144,5 Mio., über die das Unternehmen in bar ver-

fügt, reichen nicht, um den Verpflichtungen 2001 nachzukommen. Im 2. Quartal haben die Verluste im Vorjahresvergleich um 150% auf US\$ 99,6 Mio. zugenommen.

**Das Durchschnittsgehalt eines argentinischen Staatsbeamten liegt um 34% über jenem in der Privatwirtschaft.** Bei gleicher Ausbildung beträgt die Differenz 10%. Die Ermittlung stammt von der Minister Cavallo nahestehenden Novum Millennium Stiftung. Seit Beginn der Rezession vor über 3 Jahren, seien die Entlohnungen in der Privatwirtschaft wesentlich stärker zurückgegangen.

**Vom 5.7. bis zum 16.8. sind die Kredite an die Privatwirtschaft um US\$ 2,8 Mrd. zurückgegangen.** Seit dem Rücktritt Minister Machineas am 2.3., um US\$ 4,66 Mrd. Die Säumigkeit der Bankkredit nimmt ständig zu. Fällige Kredite werden neu zugeteilt, nur um das Finanzsystem flüssig zu erhalten.

**Die Bank von Corrientes soll wieder privatisiert werden, nachdem mehrere Schwierigkeiten überwunden werden konnten und die ZB ihren Sanierungsplan gebilligt hat.** Das von der Provinz gehaltene Aktienpaket von 95,96% soll ganz verkauft werden. Ein Privatisierungsversuch war Ende des Vorjahres gescheitert. Bei der ersten Privatisierung von 1991 wurde die Provinzbank von Unternehmern übernommen, die von der ZB mehrerer Unregelmässigkeiten beschuldigt und hart bestraft wurden. Die Bank ging an die Provinz zurück und soll nun verkauft werden.

**Der Umschlag für die Privatisierung der Bank der Provinz Córdoba, mit dem Angebot der Banco General de Negocios für US\$ 117 Mio. wurde geöffnet.** Das Angebot liegt über dem festgelegten Basispreis, muss jedoch von der Weltbank, die die Privatisierung überwacht, gebilligt werden.

**Die Finanzen der Provinz Buenos Aires weisen im 1. Halbjahr ein Defizit von über \$ 1,11 Mrd. aus (das sind 21% der Gesamtausgaben) und für das restliche Jahr einen Finanzierungsbedarf von rd. \$ 1 Mrd., von der nur die Hälfte mit Patacones-Bonds gedeckt werden kann.** Die verschiedenen Beteiligungen der Provinz an Nationalsteuern liegen um 1% über dem Vorjahr und kommen auf 47% der im Provinzhaushalt vorgesehenen Einnahmen. Die Gesamteinnahmen aus Provinzsteuern und -gebühren betragen \$ 2,19 Mrd. um 4% weniger als im 1. Vorjahreshalbjahr und erreichen 44% des im Haushalt vorgesehenen Betrages. Die Ausgaben betragen über \$ 4,99 Mrd., um 5% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Am meisten nahmen Personalkosten und Zinszahlungen zu.

**Das Amt für Öffentliche Einnahmen (AFIP) hat mittels Beschluss**

**1.069 reglementiert, wie in Konkurrenzförderungsplänen eingetragene Unternehmen ihre Arbeitgeberbeiträge mit der MwSt. verrechnen können.** Die zu verrechnenden Beträge müssen in den eidesstattlichen Erklärungen für den Monat ihrer Fälligkeit, nicht für den der Lohnzahlung, angegeben werden. Damit soll das System getestet werden, das die Wirtschaftsführung für alle MwSt.-Zahlungen einführen will, um finanzschwachen Unternehmen zu helfen. Die MwSt. soll dann nicht mehr bei Ausstellung der Rechnung, sondern nach ihrem effektiven Inkasso abzurechnen sein.

\*\*\*

**Azurix, Konzessionärin für die Wasserver- und -entsorgung in einem grossen Teil der Provinz Buenos Aires, hat in der Gemeinde 9 de Julio eine Arsen-Kläranlage in Betrieb genommen.** Damit soll die Qualität des Trinkwassers in dem Gebiet wesentlich verbessert werden.

\*\*\*

**Der Interventor des Amtes für die Verwaltung der sozialen Sicherheit, das unter dem Kürzel ANSeS bekannt ist, hat einen Rationalisierungsplan ausgearbeitet, durch den \$ 700 Mio. gespart werden sollen, davon \$ 200 Mio. durch Streichungen unregelmässiger Renten.** Er erklärte, dass ein hoher Betrag bei den Familienbeihilfen bestehe. Die Unternehmer kompensieren diese Zahlungen mit den Beiträgen auf Löhne und Gehälter, die für diesen Zweck geschaffen wurden, und darüber hinaus mit Beiträgen an die Pensionskassen. Die Kontrolle werde dadurch erschwert, so dass mehr verrechnet als ausgezahlt wird. Ab 1.1.02 sollen die Familienbeihilfen anders ausgezahlt werden.

\*\*\*

**Mit US\$ 1,5 Mio. Anfangsinvestition beginnt VW die Montage von Dieselmotoren im Werk in General Pacheco.** Die Motoren mit Bauteilen aus Deutschland und Brasilien für die hier gefertigten Modelle Inca, Caddy, Polo und Córdoba, wurden bisher aus Brasilien gebracht. Das neue Montaband gestattet Rationalisierungen im

hiesigen Betrieb.

\*\*\*

**Das Nahrungsmittelunternehmen Molino Cañuelas baut im Las Palmas Hafen von Zárate, Provinz Buenos Aires, eine Verschiffungsanlage für die Ausfuhr der eigenen Getreideproduktion und Dienstleistungen für Dritte.** Die Gesamtinvestition einschliesslich Lager- und Kühlräumen für Zitrusfrüchte u.a. wird US\$ 25 Mio. betragen, von denen US\$ 6 Mio. bereits investiert sind.

\*\*\*

**Die Deputiertenkammer hat in der Sitzung vom Mittwoch 2 Gesetzentwürfe genehmigt: die erste über das Verbot an die Regierung, Bankdepósitos anzutasten, also deren Bedingungen zu ändern oder sie gegen Staatspapiere einzutauschen, wie es 1990 der Fall war, als die Inhaber von Fristeinlagen Bonex zum Nennwert erhielten, deren Marktwert damals unter der Hälfte lag. Die 2. Vorlage bezieht sich auf die Kreditrechnung (factura de crédito), die für alle Unternehmen mit einem Jahresumsatz von \$ 4 Mio. und mehr (diese Grenze kann von der Regierung bis auf \$ 750.000 herabgesetzt werden), obligatorisch ist. Das bestehende Gesetz machte sie zunächst für alle obligatorisch, das wurde jedoch kurz vor seinem Inkrafttreten in freiwillig geändert. Es ist anzunehmen, dass beide Vorlagen vom Senat in Kürze verabschiedet werden.**

\*\*\*

**ZB-Vizepräsident M. Blejer erklärte, Argentinien werde in Kürze mit US\$ 2,5 Mrd. rechnen können, die internationale Privatbanken für Krisenfälle bereitgestellt hätten, im Rahmen der sogenannten Repo-Kreditlinie. Sie kommen zu den US\$ 8 Mrd. hinzu, die der IWF jetzt gewährt habe, plus US\$ 7 Mrd., die von der „Panzerung“ übrig geblieben sind.**

\*\*\*

**Wie verlautet, will Siemens den Konflikt mit dem argentinischen Staat wegen der Kündigung des Vertrages über die Personalausweise (plus dem Informatiksystem für die Ein- und Ausreisen, plus der Aus-**

## Der Postkonflikt

Die Regierung hat erneut bestätigt, dass sie nicht beabsichtige, die Bedingungen und besonders die Gebühren für die Postkonzession an die Macrigruppe und ihre Partner neu auszuhandeln. In Kreisen des Infrastrukturministeriums verlautete, dass man den Vertrag, sollte er nicht erfüllbar sein, kündigen würde, im gegenseitigen Einverständnis oder einseitig.

Die Macrigruppe hatte sich 1997 verpflichtet, eine halbjährliche Konzessionsgebühr von US\$ 51,6 Mio. zu bezahlen. Da sie seit Ende 1999 diese Zahlungen eingestellt hat, schuldet sie dem Staat rd. US\$ 214 Mio. Auch der Staat schuldet dem Postkonzessionär Geld. Um einen Teil der unbezahlten Postdienstleistungen zu bezahlen, sollen mittels Dekret für fällige Postdienste aus dem Jahr 1999 US\$ 34 Mio. bestimmt werden. Der Postkonzessionär fordert weitere US\$ 66 Mio. für unbezahlte Dienstleistungen aus den Jahren 2000 und 2001.

Die Macrigruppe soll bereits erklärt haben, dass sie die in knapp 14 Tagen fällige Gebühr von US\$ 51,6 Mio. nicht bezahlen wird. Über die Nichtzahlungen des Staates hinaus führt die Post Beschwerde wegen der geringen Tätigkeit der Behörden zur Unterbindung illegaler Postdienste, die Verzögerung bei der Festlegung der neuen Rahmenbedingungen für den Postverkehr und dass der Staat das Exklusivrecht für die Ausgabe von Briefmarken durch den Postkonzessionär nicht geachtet hat.

**stellung von Wählerlisten und anderen Arbeiten** vor ein internationales Schiedsgericht (oder eventuell Gericht) bringen, da es bisher nicht möglich war, mit der Regierung über die Entschädigung u.a. schwebende Probleme zu verhandeln. Die Beamten des Innenministeriums antworten einfach nicht auf die zahlreichen Briefe von Siemens. Da der Vertrag nicht von der lokalen Siemens, sondern von der in Deutschland ansässigen Siemens IT Services unterzeichnet wurde, wäre das internationale Zentrum für Konflikte über Investitionen (CIADI), das von der Weltbank abhängt, zuständig. Siemens hat bereits rd. US\$ 150 Mio. effektiv investiert, fordert jedoch eine Entschädigung von über US\$ 300 Mio., weil die Kündigung einen viel grösseren Schaden verursacht und das Unternehmen ausserdem Recht auf den entgangenen Gewinn hat, da die Kündigung keine gültige Begründung hat, sondern ein Willkürakt der Regierung ist.

\*\*\*

**ZB-Vizepräsident Blejer erklärte, dass der Depositenabfluss vollkommen aufgehört hat.** Dennoch muss die ZB den Banken weiterhin mit flüssigen Mitteln über aktive Swaps helfen, die am Donnerstag \$ 1,87 Mrd. erreichten. Seit dem Höchststand vom 28. Februar (\$ 88,09 Mrd.) sind die Depositen zum Dienstag dieser Woche um \$ 13,73 Mrd. zurückgegangen.

\*\*\*

**Einer Ermittlung der Consultingfirma CCR zufolge, ist der Lebensmittelabsatz der Supermärkte im Juli, im Vorjahresvergleich um 4% zurückgegangen.** Da die Preise unverändert bleiben, sei die Abnahme sowohl wert- als mengenmässig.

\*\*\*

**Das zur Claringruppe gehörende Kabelfernsehunternehmen Multicanal hat der Börse die Ausgabe von Obligationen für US\$ 144 Mio. mit Fälligkeit 2003 bekanntgegeben.**

Die Papiere ersetzen fällig werdende Obligationen. Ausserdem meldete es den Verkauf seiner 4%igen Beteiligung an dem Satelliten-Fernsehunternehmen DirecTV Latin America und den möglichen Verkauf der zur Claringruppe gehörenden Raven Media Investments an.

\*\*\*

**Das zur Techintgruppe gehörende Stahlwerk Siderar gab an der Börse bekannt, dass es künftig unmöglich sein werde, warmgewalzte Bleche in die USA zu verkaufen, nachdem die US-Behörde Antidumpingmassnahmen angekündigt hat.** Die Sanktion betreffe allerdings nur 5% des Unternehmensumsatzes.

\*\*\*

**Wirtschaftsvizepräsident D. Marx zufolge wird Argentinien im September über Darlehen der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) und der Weltbank für US\$ 900 Mio. verfügen.** Die Kredite seien Teil der „Panzerung“ vom Dezember von US\$ 40 Mrd., die nach dem Abkommen mit dem IWF beschleunigt werden. In der kommenden Woche werde dem Weltbankvorstand ein Kreditansuchen für US\$ 400 Mio. und dem der IDB für US\$ 500 Mio. vorgelegt werden.

\*\*\*

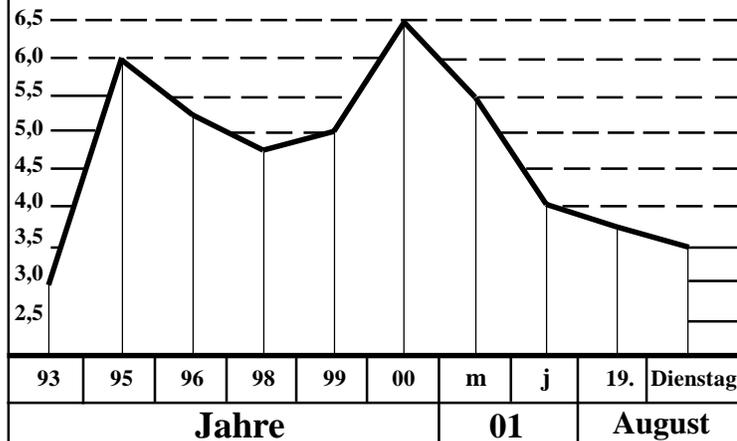
**D. Marx versicherte auch, dass Argentinien im September US\$ 6,2 Mrd. zugesichert habe, davon US\$ 1,26 Mrd. aus der „Panzerung“.** Ein Teil wurde durch die Erfüllung der Auflagen für das 2. Quartal freigegeben, ein anderer durch Abkommen der letzten Stunden. Der Absichtsbrief werde in der 1. Septemberwoche dem IWF vorgelegt. Bis Jahresende seien die notwendigen Mittel gesichert, um alle Fälligkeiten zu erfüllen.

\*\*\*

**Nach den Beschwerden der Kfz-Zulieferer hat sie die gesetzgebende Körperschaft der Provinz Buenos Aires durch ein Gesetz von der Brut-**

## Der US-Leitzinsatz

Fed-Darlehen an Banken in % im Jahr.



toeinkommensteuer befreit. Damit sollen Unterschiede in der Behandlung der Branche in den verschiedenen Provinzen ausgeglichen werden.

\*\*\*

Mittels Beschluss 80/01 des Industriekretariates (Amtsblatt vom 24.8.01) wurden die Bedingungen

genau festgelegt, die Bauunternehmen erfüllen müssen, um in den Genuss der Begünstigungen zu gelangen, die durch Dekret 739 vom 1.6.01 bestimmt wurden. Die Steuerbegünstigungen werden ganz oder nur teilweise gewährt, je nachdem wie gross der Mehrwert durch das Unternehmen im Verhältnis zum Umsatz ist.

\*\*\*

Durch Dekret 1028/01 (Amtsblatt vom 24.8.01) wurde ein landesweites Informationssystem für Brennstoffe geschaffen, durch das die Unternehmen der Branche dem Staatssekretariat für Energie und Bergbau periodisch Angaben über Preise von Erdöl und Erdölprodukten, ver-

kaufte Mengen usw. übermitteln müssen. Das Sekretariat muss die Angaben verarbeiten und im Internet unter <http://energia.mecon.gov.ar> bekanntgeben. Dadurch soll auf dem Gebiet mehr Transparenz geschaffen werden, wobei jedoch keine Einzelheiten verbreitet werden, die Geschäftsgeheimnisse sind.

## WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

### Selbsttragend

Am vergangenen Wochenende, als die Finanzverhandlungen der argentinischen Delegation unter Finanzsekretär Daniel Marx mit dem Internationalen Währungsfonds und dem US-Schatzamt auf Hochtouren liefen, ohne dass ein baldiges Ende absehbar gewesen wäre, prägte Schatzsekretär Paul O'Neill das Wort „selbsttragend“ (Englisch „sustainable“, Spanisch „sostenible“) als Kennzeichen für die bevorstehende Einigung. Präsident George W. Bush wiederholte das Wort am nächsten Tag auf seinem Ferien ranch in Texas, ebenso der Fondssprecher Dawson.

Gemeint war offenbar, dass die Finanzspritze, mit der Argentinien aus dem Verdacht der von den Finanzmärkten als sicher angenommenen Zahlungseinstellung („default“) entlassen werden sollte, nicht nur eine kurzfristige Erleichterung gegenüber gewaltigen Fälligkeiten der Staatsschulden gepaart mit einem hartnäckigen Defizit der öffentlichen Hand sein sollte, sondern vielmehr in ein selbsttragendes System einmünden müsste, damit Argentinien künftig ohne neue Finanzkrücken auskomme. Es war sogar die Rede von einem Finanzplan bis 2010.

Als Horst Köhler, Generaldirektor des Internationalen Währungsfonds, zu Beginn der Berichtswache in Washington die Einigung mit Argentinien bekannt gab, wurde klar, was mit „selbsttragend“ gemeint war. Es ging um die freiwillige Umschuldung zu niedrigeren Zinssätzen kraft Sondergarantien für neue Bonds zur Ablösung bisheriger Titel, die am Kapitalmarkt unter pari erstanden werden. Das soll die Zins- und Fälligkeitslasten Argentiniens fühlbar senken, damit die Staatsfinanzen mit geringeren Zahlungen über die Runden kommen. Von einer Umstrukturierung der Schulden kann überhaupt nicht die Rede sein, weil sie mit dem gefürchteten „default“, lies einseitige Zahlungseinstellung und nachfolgende Aufforderung der Gläu-

biger zwecks Umschuldung, einher geht.

#### Freiwillige Umschuldung

Eine Ziehung gegen den IWF von US\$ 3,0 Mrd. soll für solche Garantien eingesetzt werden, allerdings erst ab März 2002, so dass in der Zwischenzeit bewiesen werden muss, dass das Gesetz über das Nulldefizit eingehalten wird. Hierin sind die Zinszahlungen der Staatsschulden inbegriffen, die nicht umgeschuldet oder mit Fondsziehungen finanziert werden.

Mit den Fondsgeldern können beispielsweise Nullkuponbonds zu besonders niedrigen Preisen je nach Dauer erworben werden. Die Preise sind niedrig, weil die Zinsen nach Ablauf der Bonds zusammen mit dem Kapital getilgt werden. Dieses Finanzinstrument diene den sogenannten Brady-Bonds 1992 als Pfand für die damalige Umschuldung mit niedrigeren Zinssätzen, Schuldenerlass und Garantien für zwei Titel: Par- und Diskontbonds. Als Alternative können die Fondsgelder auch zur Absicherung fremder Garantien für neue Bonds eingesetzt werden. Die Weltbank hat schon einmal eine Bürgschaft für einen argentinischen Bonds gestellt, dessen Zinssätze daraufhin niedriger ausfielen. Hierüber wird gelegentlich verhandelt werden, zumal auch die Banken, die die Bonds am Markt unterbringen, ein Wörtchen mitzureden pflegen.

Unterdessen bedeutet die Ziehung von US\$ 3,0 Mrd. gegen den Fonds, dass Argentinien möglicherweise nach März 2002 zum internationalen Kapitalmarkt heimkehrt, der seit dem letzten Quartal 2000 verschlossen ist. Bis das möglich wird, muss bewiesen werden, dass das Nulldefizit greift. Hierüber schwelen nach wie vor berechtigte Zweifel, solange die Abspeckung staatlicher Ausgaben und vor allem die Steuereintreibung bei Millionen Hinterziehern nicht konkret Gestalt

annehmen. Hierüber schweigt die Regierung, auch wenn Präsident de la Rúa in seiner Rede am Mittwochabend den Satz prägte, dass die Steuerhinterzieher Vaterlandsverräter sind. Damit mag er politisches Kapital schaffen, allerdings mit dem Gegenzug, dass Steuerhinterzieher immer noch im Volksempfinden nur auf angebliche reiche und grosse Steuerzahler beschränkt sind, während mittlere und kleine Hinterzieher, die Millionen ausmachen, unbehelligt davon kommen. Möglicherweise wird sich das sukzessive verändern, nachdem jetzt eine direkte Beziehung zwischen der Steuerhinterziehung und den Gehalts- sowie Rentenkürzungen hergestellt worden ist, die zwecks Nulldefizit erlassen wurden.

#### Aufstockung der Währungsreserven

Die Einigung zwischen der Fondsleitung und der argentinischen Finanzdelegation sieht zusätzliche US\$ 5,0 Mrd. als Ziehung gegen den Fonds vor, die im September die Währungsreserven der Zentralbank aufstocken sollen. Diese Gelder, die das zerrüttete Vertrauen argentinischer Sparer wieder herstellen sollen, werden zusätzlich zu den im November 2000 als Panzerung umschriebenen Ziehungen ausbezahlt werden. Diesbezüglich geht es um zwei Ziehungen von je fast US\$ 2,5 Mrd. im dritten und vierten Quartal 2001, die für die Begleichung der Fälligkeiten der Staatsschulden eingesetzt werden sollen, damit das „default“ verhütet wird.

Insgesamt sah die Panzerung Ziehungen gegen den Fonds von US\$ 13,8 Mrd. vor, von denen US\$ 6,76 Mrd. bereits abgehoben worden sind. Zusätzliche Mittel werden von der Weltbank, der BID sowie Spanien jeweils „pari passu“ mit dem Fonds bereit gestellt. Dank Megaumschuldung im Mai 2001 dürften die meisten Tilgungen des kommenden Jahres abgesichert worden sein, so dass die Restzahlen mit neuen Bonds zu finanzieren sind, die freiwillig am Kapitalmarkt untergebracht werden. Die Zinszahlungen gehen

hingegen zu Lasten des Nulldefizits und werden mit eigenen Steuereinnahmen des Schatzamtes finanziert.

#### Ein neues Steuerbeteiligungsgesetz

Die Abmachung mit dem IWF sieht vor, dass die Exekutive demnächst ein neues Gesetzesprojekt im Kongress einreicht, das die leidige Steuerbeteiligung mit den Gliedstaaten („coparticipación“) neu regelt. Das hätte laut Verfassungsnovelle von 1994 vor Ende 1996 geschehen sollen, scheiterte aber stets an den Verhandlungspositionen der 25 Partner (23 Provinzen, die Stadt Buenos Aires und das nationale Schatzamt), von denen keiner den anderen Partnern auch nur einen Peso Steuereinnahmen abzutreten bereit ist.

Die Fondsbeamten monieren die Tatsache, wie durchsickerte, dass der Fixbetrag von \$ 1.624 Mio. im Monat, den das Schatzamt aus den Beteiligungssteuern an die Gliedstaaten überweist, zu deren Gunsten ausfällt und deshalb als zu wenig flexibel angeprangert wird.

Der Fixbetrag wurde im ersten Fiskalpakt der Exekutive mit den Gouverneuren Ende 1999 ausgehandelt. Der zweite Fiskalpakt setzte Ende 2000 für das laufende Jahr den genannten Monatsbetrag fest. In einem Jahr und sieben Monaten bis Juli 2001 hat das System zum Vorteil des nationalen Schatzamtes gewirkt, das rund \$ 1,0 Mrd. mehr einnahm, als ihm laut Beteiligungsgesetz je nach Steuereingängen zugestanden wäre. Darüber haben sich die Gouverneure laufend geärgert.

Diese Lage verändert sich indessen neuerdings als Folge der Steuer auf Guthaben und Belastungen von Girokonten, die nicht beteiligt wird und die jetzt zu 0,06% Steuersatz mit 58% gegen die Gewinn- und MwStsteuer angerechnet werden darf. Das wirkt sich zu Lasten der Beteiligungen der Gliedstaaten aus, wenn der Fixbetrag abgeschafft wird und die Steuereinnahmen wieder nach den gesetzlichen Anteilen jeder Provinz, der Stadt Buenos Aires

und des Schatzamtes verteilt werden, wie es die Einigung mit dem IWF vorsieht und das neue Gesetz über die Beteiligungssteuern vorschreiben soll.

Hinzu kommen die Dieselölsteuer sowie die Arbeitgeberbeiträge von 16%, die teilweise ebenfalls gegen beide Beteiligungssteuern (Gewinn und Mw) angerechnet werden dürfen. Der Zusatzbetrag von 4% bis 20% der Dienstleistungsunternehmen, die mehr als \$ 48 Mio. im Monat umsetzen, wird auch nicht in die Beteiligungssteuern einbezogen. All das verwässert die Einnahmen aus der Gewinn- und der MwSteuer, den beiden Hauptsteuern Argentiniens. Insofern wird die Abschaffung des Fixbetrages und die Rückkehr zur normalen Verteilung der Beteiligungssteuern sich auch zugunsten des Schatzamtes und gegen die Gliedstaaten auswirken, wie es bisher kraft des Fixbetrages geschah. Hierüber darf man noch ein beträchtliches politisches Gerangel erwarten, wenn das neue Gesetzesprojekt der Beteiligungssteuern im Kongress behandelt werden wird.

Indessen darf man kaum Änderungen der tatsächlichen Anteile der Gliedstaaten und des nationalen Schatzamtes erwarten. Die Beteiligungssteuern funktionieren in der Praxis dergestalt, dass das nationale Schatzamt und die Provinz Buenos Aires den anderen Provinzen ausser Entre Ríos, Santa Fe, Córdoba und Mendoza, die diesbezüglich weder Steuerträge abtreten noch erhalten, Steuerträge abtreten, die ihnen kraft ihrer Bevölkerungen und ihrer Wirtschaftskraft zustehen.

Die Einigung mit dem Fonds ändert nichts an den bisherigen Bedingungen der Panzerung vom November 2000, so dass weder die Renten- noch die Krankenkassenreform neu gestaltet werden. Hingegen ist die Rede von einer Staatsreform, die bereits hinsichtlich der Sozialverwaltung Anses und der Krankenkasse für Rentner PAMI unterwegs ist. Andere Reformen dürfen ebenfalls erwartet werden, doch das braucht sicherlich Zeit. Allesamt sollen sie Ersparnisse einbringen, damit das Nulldefizit umgesetzt werden kann, was noch zu beweisen ist.

Nulldefizit plus Finanzhilfen aus Washington sollen in der Sicht des Präsidenten und des Wirtschaftsministers Cavallo das Vertrauen wieder herstellen, damit die abgezogenen Bankdepositen von über \$ 13 Mrd. seit Januar wieder in die Banken fliessen und die

Zinssätze fühlbar fallen. Dem gleichen Ziel dient ein Gesetzesprojekt im Kongress, das der Regierung verbietet, Depositen zu tangieren. Nur wenn die Depositen heimkehren wie weiland nach der Tequilakrise 1995 und wenn die Zinssätze fühlbar fallen, kann sich die Wirtschaft erholen.

Zudem hofft Cavallo, dass die sogenannten Wettbewerbspläne („planes de competitividad“), mit denen die begünstigten Branchen durch fühlbare Steuererlässe (15prozentige Zinssteuer, 1pro-

zentige Steuer auf den angenommenen Gewinn und Anrechnung der 16prozentigen Sozialbeiträge an die Gewinn- und MwSteuer) zu Investitionen zwecks Wirtschaftsankurbelung angeregt werden sollen. Das ist freilich bisher nicht geschehen, weil die Zinssätze, mit denen Banken und Lieferanten ihre Schuldner belasten, dermassen ausgeföhrt sind, dass jegliche Wirtschaftsbelegung abgewürgt worden ist. In naher Zukunft soll sich das ändern, sofern freilich das Nulldefizit eingehalten wird, was abzuwarten ist.

## Die Kosten der argentinischen Politik

Seit die Politikwissenschaftlerin Carlota Jakisch im November 2000 in der Zeitung „La Nacin“ einen Artikel über die Kosten der argentinischen Politik veröffentlichte, hat dieses Thema die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich gezogen. Jakisch schätzte diese Kosten auf rund \$ 20 Mrd. im Jahr für die Nation, die 24 Gliedstaaten und die 1925 Gemeinden, zuzüglich der 93 Gemeindegemeinschaften („comisiones de fomento“) und 112 landwirtschaftlichen Kommunen. Gemeint sind die Haushaltsspesen für die politischen Ernennungen der jeweiligen Exekutive wie Präsident, Gouverneure und Bürgermeister, der Parlamentarier im nationalen Kongress, der Provinzlegislativen und der Gemeinderäte, ferner der von all diesen Politikern ernannten Mitarbeiter wie Berater und Vertragspersonal und die damit verbundenen Kosten.

Die Schätzung der politischen Kosten überraschte und erschien ob ihres Umfangs kaum glaubhaft. Sie würde bedeuten, dass 20% der gesamten konsolidierten Ausgaben der öffentlichen Hand (Nation, Provinzen und Gemeinden, einschliesslich Staatsunternehmen, andere Staatsstellen, die Sozialverwaltung, PAMI und die Ausgabe von Konsolidierungsbonds) von rund \$ 100 Mrd. im Jahr von Politikern verschlungen werden, die sich damit selber Gehälter und Honorare zuschanzen sowie ihre parteipolitischen Mitläufer unterstützen.

Nun hat die Gruppe Sophia eine Sonderstudie veröffentlicht, die sich mit diesem heiklen Thema befasst. Die Gruppe Sophia besteht aus zahlreichen jungen Akademikern und Freiberuflern, die seit mehreren Jahren mit privater Unterstützung Studien über staatliche Einrichtungen veröffentlichten sowie Kurse und

Seminare zum gleichen Thema abhalten, um angehende Politiker auszubilden, denen somit die sachlichen Unterlagen und Zusammenhänge für ihre politische Laufbahn mit auf den Weg gegeben werden sollen. Sophia-Leiter ist Liz. Horacio Rodríguez Larreta Junior, der bereits unter Menem und de la Rúa Spitzenpositionen in der Sozialverwaltung Anses und im Arbeitsministerium bekleidet hat und der Justizialistischen Partei beigetreten ist. Sein gleichnamiger Vater war Mitarbeiter der Präsidenten Arturo Frondizi (1958-1964) und Menem unter Verteidigungsminister Oscar Camilión.

Die in der Studie im Detail der Etatposten der jeweiligen Exekutive und Legislative ermittelten Jahreskosten belaufen sich gesamthaft auf \$ 5.394 Mio., knapp über ein Viertel der von Carlota Jakisch angegebenen Summe von \$ 20 Mrd. Bezogen auf die Gesamtausgaben der öffentlichen Hand besagter rund \$ 100 Mrd. kostet die Landespolitik der Nation 5,4%. Die Sophia-Studie bezieht sich hierbei auf die konsolidierten Ausgaben laut Wirtschaftsministerium von \$ 97,5 Mrd. für 1999, die jedoch die Bondsausgaben, die Rückerstattungen bei Exporten, die aufgeschobenen Zinszahlungen und andere Posten nicht berücksichtigen.

Die Nation steht mit \$ 1.005 Mio., die Gliedstaaten (Provinzen und Stadt Buenos Aires) mit \$ 3.494 Mio. und die Gemeinden mit \$ 895 Mio. zu Buch. Die Zahlen der Nation und der Gliedstaaten beruhen auf Haushaltsposten, wogegen die Gemeindespesen weitgehend auf Grund repräsentativer Städte und Ortschaften hochgerechnet worden sind. Die Aufteilung zeigt deutlich, dass der Schwerpunkt der Politikkosten bei den Gliedstaaten liegt. Sie beschäftigen mit rund 1,3 Mio. die meisten Beamten, gefolgt von 470.000 Gemeindebeamten und 417.000

Mitarbeitern der Nation, zusammen fast 2,2 Mio., jeweils, soweit bekannt, einschliesslich Beamter, Berater, Vertragspersonal und anderer Mitarbeiter mit Gehalt oder Honorar.

Die Diskussion um die Kosten der Politik bezieht sich direkt auf das jetzige Sparprogramm des sogenannten Nulldefizits. Nachdem überflüssige Staatsausgaben abzuspicken sind, zielt die Öffentlichkeit zunächst auf die Spesen, die die regierenden Politiker für sich selber und ihre Mitarbeiter verursachen. Das kostet besagte 5,4% der konsolidierten Ausgaben der öffentlichen Hand und rund 2% des Bruttoinlandsprodukts von geschätzten \$ 270 Mrd. sowie knapp über 1% der Bruttoumsätze in der argentinischen Wirtschaft von angenommenen \$ 500 Mrd. im Jahr.

Ungleich schwerwiegender haben sich im letzten Jahrzehnt die Gehaltsausgaben der zusätzlichen Beamtenschaft, insbesondere in den Gliedstaaten und Gemeinden, herausgestellt, die jeweils verbundene Spesen wie Mieten, Licht, Telefon, Anschaffungen und dergleichen kosten. Die Rechnung für das letzte Jahrzehnt, seit Argentinien die damalige Hyperinflation erfolgreich überwand, ist recht einfach. Die Regierung Menem hat rund eine halbe Million staatliche Mitarbeiter in privatisierten Staatsunternehmen (etwa 350.000) und durch entschädigte Entlassungen, Pensionierungen und Demissionen (rund 150.000) abgebaut. Die gesamte Beamtenschaft ist indessen nicht zurückgegangen, sondern hat etwas zugenommen. Daraus kann man messerscharf schliessen, dass über eine halbe Million Beamten und Vertragspersonal in der öffentlichen Hand neue Beschäftigung fand, hauptsächlich in Gliedstaaten und Gemeinden. Im Nationalstaat entfielen die früheren Posten für Günstlinge der jeweils regierenden Partei in den Staatsunternehmen. Dafür wurden viele tausende neue Mitarbeiter als Vertragspersonal in der Sozialverwaltung Anses, in der Krankenkasse für Rentner PAMI sowie in anderen Staatsstellen beschäftigt.

Diese Beschäftigungspolitik in Gestalt der Einstellung von Staatsbeamten und Vertragspersonal in den neunziger Jahren hat die Ausgaben und die Neuverschuldung kraft Defizite aufgebläht. In der Folge stiegen die Zinssätze bis zum jetzigen Zeitpunkt, da der Auslandskredit für die Neuverschuldung versiegt ist, während seit drei Jahren eine deprimierende Rezession grassiert und die Arbeitslosigkeit zugenommen hat.

Wieviele Arbeitslose jeder zusätzliche Beamter verursacht hat, lässt sich schwer errechnen, aber dass dieser Zusammengang besteht, ist unbestreitbar.

Insofern stellt sich die Beschäftigungspolitik mit über einer halben Million zusätzlicher Staatsbeamten, einschliesslich Vertragspersonal, als ungleich schwerwiegender im Vergleich zu den eben-

falls überhöhten Kosten der Politik heraus. Anders formuliert, würde sich die argentinische Wirtschaft gegenwärtig ohne Rezession und hohen Zinsen normal entwickeln, hätte der damalige Wirtschaftsminister Cavallo, der jetzt amtiert, 1993 das Nulldefizit wie gegenwärtig zeitlos verankert, das ab 1992 galt und 1994 wieder mit vermehrten Ausgaben und gerin-

gerer Besteuerung aufgegeben wurde. Damals betrug die Länderisikoprämie zwischen 200 und 300 Basispunkte gleich 2% bis 3% bei knapp über 6% Zinssatz der US-Treasuries, also 8% bis 9% für die Neuverschuldung des Staates. Ohne Defizit wäre die Neuverschuldung höchstens auf die Konsolidierungsbonds schwebender Schulden sowie allenfalls der de-

fizitären Provinzen und Gemeinden beschränkt worden, so dass der meiste Kredit für die Privatwirtschaft zu angemessenen Zinssätzen verfügbar gewesen wäre. Argentinien würde dann gegenwärtig keinesfalls als weltweit verdächtigtes Land der möglichen Zahlungseinstellung seiner gewaltigen Auslandsschulden angeprangert werden.